

AHV-Referendum: Mit der Basis links überholen

Beim AHV-Referendum marschieren die Gewerkschaften gemeinsam.
In Richtung Einheitsgewerkschaft?

Die Gewerkschaften zeigen Muskeln: Im Gegensatz zu den ihnen nahestehenden Parteien SP und CVP lancieren sie das Referendum gegen die Erhöhung des Frauenrentenalters. Das gemeinsame Vorgehen der christlichen und der links-grünen Richtungsgewerkschaften hat über die AHV-Frage hinaus Bedeutung.

Rosalie Roggen

Am Anfang war nicht der grosse Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB), sondern der viel kleinere christlichnationale (CNG): Bereits vor der Junidebatte im Ständerat verkündete CNG-Präsident Hugo Fasel, kämpferischer Christlichsozialer in der Nationalratsabordnung der CVP, sein Verband werde gegen eine allfällige Erhöhung des Frauenrentenalters das

Getreu eigenen Vorankündigungen entschied letzte Woche dann der SGB offiziell, das Referendum gegen diese Gesetzesrevision zu unterstützen. Im Vorfeld des Beschlusses hatten Äusserungen und Kompromissaktionen einzelner SGB-Führungsmitglieder an der Eignigkeit der Gewerkschaftsspitze zweifeln lassen. Dass seine Organisation nicht früher agiert hat, liegt laut Pedrina an der Arbeitsteilung zwischen Parteien und Gewerkschaften: In der Sozialpolitik sei im Falle der Linken die SP federführend, in der Vertragspolitik der SGB: «Wir hatten erwartet, dass die Klärung von der Politik kommt. Als das nicht geschah, waren wir gezwungen, uns einzumischen.» Allerdings, räumt Pedrina ein, seien wie andernorts die Meinungen über den Kurs in Sachen AHV-Referendum gespalten gewesen. Trotz allen Vorbehalten auch an der Gewerkschaftsspitze, konnte der SGB laut seinem künftigen Ko-Chef «gar nicht anders», weil «der Druck von unten», gegen die Erhöhung des Frauenrentenalters etwas zu unternehmen, «enorm war».

Die Empörung der Basis war es auch gewesen, die laut eigenem Bekunden CNG-Präsident Hugo Fasel seinerzeit dazu gebracht hat, dem Ständerat noch vor dessen Debatte den Tarif zu erklären. «Sonst ist es eher so, dass wir die Leute holen müssen; in diesem Fall hat die Basis uns geholt», gibt der unkonventionelle CVP-Nationalrat zu. Der Grund für die Entschiedenheit breiter Schichten der Bevölkerung sei klar: «Die Leute wollen über diese Frage abstimmen können; sie wollen den Entscheid nicht dem Parlament überlassen.»

Immer mehr Männer sind ebenfalls für das Referendum

Fasel wie Pedrina merken an, zuerst hätten die Frauen mobilisiert, und dann hätten auch die Männer gemerkt, dass es bei der Frage des Rentenalters um etwas Elementares gehe. «Die Männer sind jetzt erwacht», so Fasel. «Beim Rentenalter geht es um Lebensentwürfe, um die Einkommenssituation, den

Arbeitsmarkt.» Dass zunehmend auch Männer sich an die Gewerkschaftszentralen wenden und dem Referendum vehement das Wort reden, hat nach Meinung beider Gewerkschaftschefs unter anderem damit zu tun, dass bei rund 80 Prozent aller Paare der Mann älter ist als die Partnerin. Wenn die Frauen, die als Berufstätige sehr oft in schlechtbezahlten Positionen und vielleicht höchstens teilzeitbeschäftigt sind, nun zwei Jahre länger auf die AHV warten müssten, reiche die einfache Rente des Mannes hinten und vorne nicht. Mögliche Folge: Die pensionierten Männer sind existentiell auf einen Zusatzverdienst angewiesen; eine kalte Erhöhung des Männerrentenalters wäre programmiert.

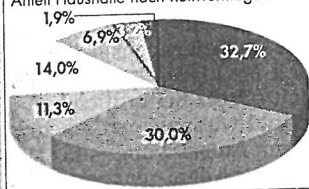
Am meisten treffen würde es genau jene, die sich während ihres Arbeitslebens ausserstande sehen, eine dritte Säule zusammenzusparen, die im Alter für mehr als die Butter aufs Brot reicht. «50 Prozent der Leute auf dem Bau verdienen monatlich weniger als 4000 Franken brutto, 80 Prozent weniger als 5000 Franken. Im Textilbereich sind die Löhne noch niedriger», erklärt Pedrina das Engagement der Gewerkschaften zugunsten jener, deren Einkommen nicht einmal ausreicht, eine Maximalrente von derzeit 1880 Franken monatlich auszulösen: Um diese zu bekommen, müssen Prämien für einen Bruttojahresverdienst von heute knapp 68'000 Franken (Monatsverdienst: rund 5700 Franken) bezahlt werden. Dazu passt, dass nach neuesten Erhebungen ein knappes Drittel der Schweizer Bevölkerung gar kein Vermögen hat (siehe Grafik), ein weiteres Drittel eines von

weniger als 49'000 Franken. Gegen 80 Prozent der praktisch Mittellosen seien Frauen, schätzt Pedrina. «Und da gibt es Leute, die meinen, für diese sei ein höheres AHV-Alter kein Problem», empört sich der Gewerkschafter, «viele Leute in Entscheidungsfunktionen, auch in der SP, sehen einfach diese Relationen nicht.»

Im Gegensatz zu den Parteifunktionären kämen die Gewerkschaftsleute in direkten Kontakt mit der Basis: «Zwischen den Ka-

Die meisten haben wenig bis nichts

Anteil Haushalte nach Reinvermögen



0 Franken Vermögen
1000-49'000 Franken
50'000-99'000 Franken
100'000-249'000 Franken
250'000-499'000 Franken
500'000-999'000 Franken
1 Million und mehr Franken

Die Schweizer Haushalte mit 0 Franken Vermögen bilden den grössten Teil.

Referendum ergreifen. Gefruchtet hat die Drohung aus dem bürgerlichen Lager in Richtung politisch Gleichgesinnter wenig: Wie vorher das «Stöckli», beschloss in der Herbstsession auch die Mehrheit des Nationalrats ohne Rücksicht auf Verluste, künftig hätten die Frauen erst ab 64 Jahren Anspruch auf die AHV.

dermitgliedern der SP und der Gewerkschaften gibt es kaum soziologische Unterschiede. Wir kommen aber an mehreren Abenden der Woche mit Arbeiterinnen und Arbeitern zusammen. Da werden wir mit den Problemen direkt konfrontiert.»

In der Hochkonjunktur war die soziale Frage kein Thema

Das Gerangel um das AHV-Referendum sieht Pedrina in einem grösseren Zusammenhang: Während der Hochkonjunktur der achtziger Jahre sei auf dem politischen Parkett die soziale Frage «ausser Abschied und Traktanden gefallen», zunehmend auch in der SP. Die Gewerkschaften dagegen hätten sich ihrer Verantwortung für die unteren Einkommensschichten nie entschlagen können und führten jetzt nur konsequent weiter, was sie schon immer getan hätten. Laut dem SP-nahen parteilosen Pedrina ist es nun aber höchste Zeit für eine traditionellen Partnerin CVP immer loser wird: Nach seiner Referendumsdrohung im Frühsommer sei aus seiner eigenen Partei «nicht eine einzige Reaktion» gekommen, erklärt er; «entweder interessiert es die nicht, was der CNG macht, oder die denken, beim Fasel hat's sowieso keinen Sinn». Von dieser besonderen Art von Schonung, die auch schlicht Ausdruck von Arroganz sein kann, scheinen allerdings

nicht alle CVP-Leute profitieren zu können. So soll nach Aussagen von Umkehr. «Die soziale Frage muss unbedingt wieder zu einem Anliegen der Politik werden. Schaffen es die SP und die übrigen linken Kräfte nicht, in ihrem angestammten Bereich erneut die Führung zu übernehmen, besetzen Rechtspopulisten das Terrain», befürchtet der künftige SGB-Chef. «Wenn die SP und die Gewerkschaften noch weiter auseinanderdriften, sehe ich schwarz für die Schweiz.»

Entspannter beurteilt das Fasel vom CNG, dessen Verhältnis zur Partei-Insidern eine Referendumsanhängerin nach der Teilnahme an der TV-Sendung «Arena» vom Partei-Establishment «fast gelyncht» worden sein. Dabei hatte die Politikerin lediglich die offizielle Haltung der CVP-Frauen vertreten.

So einig sich Pedrina und Fasel in der Einschätzung der sozialen Probleme sind, so unterschiedlich beantworten sie die Frage nach der Zukunft der ideologisch bedingten Richtungsgewerkschaften. Für CNG-Chef Fasel ist sonnenklar, dass «es den Ideenwettbewerb braucht». Eine einzige Organisation könne den heterogenen Realitäten von Arbeitswelt, Biographien und Lebensstilen nicht gerecht werden. Kooperation nach dem Motto «Getrennt marschieren, vereint schlagen» ist allerdings erwünscht.

Die politische Bindung verliert an Gewicht

Der designierte SGB-Ko-Präsident Pedrina denkt mehr in Richtung Einheit. Grund: «Die politischen Bindungen der Gewerkschaften erodieren, sowohl von der soziologischen Zusammensetzung her als auch wegen des Verschwindens der grossen Ideologien.» Die sachpolitische Interessenvertretung werde immer wichtiger, und da hätten die Basismitglieder von SGB und CNG «ähnliche Sorgen und ähnliche Bedürfnisse». Pedrina sieht sich als «Verfechter von Reformen» und sieht längerfristige Chancen für weitere Fusionen. Dass das Zeit braucht, sieht auch er: «Ich mache mir keine Illusionen darüber, dass die Gesellschaft sich schneller verändert als die Bürokratien.»

Wie die SPS mit dem AHV-Alter für Frauen Slalom fährt

Seit sich konkret abzeichnet, dass die 10. AHV-Revision mit der Erhöhung des Frauenrentenalters verknüpft wird, hat die SPS mehrmals die Position gewechselt. Der vorläufig letzte Akt zeigte den Parteivorstand, wie er das Referendum verwarf. Nun warten alle gespannt auf den nächsten Schwenker jener Volkspartei, die früher als Garant der Interessen der sogenannten kleinen Leute galt.

Rosalie Roggen

Während die Gewerkschaften bereits die Bögen verschicken, um innerhalb der vorgeschriebenen drei Monate nach Publikation im Bundesblatt genügend Unterschriften zusammenzubringen, lecken Referendumswillige in der SPS die Wunden. In Abänderung des Titels eines Buches über die grosse Partei der

Linken («Vom Wechseln der Räder am fahrenden Zug») wäre jetzt eher «Vom mehrmaligen Wechseln der Richtung eines fahrenden Zuges» angebracht.

Entschieden und mit allen Mitteln wehre sich die Partei gegen die Erhöhung des Frauenrentenalters, hiess es noch im Sommer dieses Jahres. Zusammen mit andern Linksparteien und den Gewerkschaften genoss die SPS die grosse Demonstration auf dem Bundesplatz vom 1. Juni: Da kamen an die zehntausend Frauen und Männer vors Bundeshaus und erklärten entschlossen in Richtung Ständeratssaal, in dieser wichtigen Frage kein Jota nachgeben zu wollen. Auf dem ausschliesslich frauenbestückten Podium stand auch das neue Symbol der hiesigen Frauenbewegung, die Genfer SP-Nationalrätin Christiane Brunner, designierte Co-Präsidentin des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes.

Drei Wochen vor dieser eindrücklichen Manifestation hatte (SP-)Bundesrätin Ruth Dreifuss etwas in diesem Land Unerhörtes gewagt: In einem «Offenen Brief» informierte sie die Bevölkerung über die durchaus gesunde finanzielle Lage der AHV. Als die Mehrheit des Ständerats dem berühmten «Druck der Strasse» und der Referendumsdrohung nicht nachgab und damit auch viele bürgerliche Frauen enttäuschte, bedauerte Ruth Dreifuss «das unerträgliche Dilemma», in das jene gerieten, die gegen das höhere Rentenalter seien, die positiven Errungenschaften der Revision aber nicht gefährden wollten.

Den Sommer über gab es von seiten der SP mancherlei Rauchzeichen: Hiess es von den einen, die dem Status quo drohende Gefahr sei nur mit dem Referendum abzuwenden, setzten andere hektisch Initiativen-Ideen in die Welt, fast

ungeachtet des Umstandes, dass schon längst ein SP/SGB-Volksbegehren für die Einführung einer Ruhestandsregelung im Sinne des flexiblen Rentenalters in den Parlamentsmühlen liegt. Nach Geplänkeln in der Nationalratskommission, wo SP-Abgeordnete sich verächtlich nahe an bürgerliche Positionen heranwagten und nicht mehr konsequent für AHV-Alter 62 kämpften, beschloss der Parteivorstand im August spontihaft, gegen alles zu sein und gleichzeitig für alles offen. Mit der reichlich unausgegorenen Idee, vielleicht eine «Blitzinitiative» lancieren zu wollen, wurde das Problem vertagt.

Im September erklärte Parteipräsident Peter Bodenmann an einer Pressekonferenz, die SP unterstütze das Referendum gegen die 10. AHV-Revision. Die Geschäftsleitung stellte sich hinter ihn. Wie gewonnen, so zerronnen: Nach tagelangem Rumoren in Partei und Par-

lamentsfraktion widersetzte sich am vorletzten Samstag der Parteivorstand dem Entscheid der Spitze und lehnte das Referendum ab. Wie andere will nun auch die SP per Initiative und Volksabstimmung in fernerer Zukunft die dannzumal wohl längst normativ wirkende Kraft des Faktischen auszuhebeln versuchen.

Der Entscheid der SP, die Gewerkschaften im Regen stehenzulassen, kann diese nicht erschüttern: «Dieses Referendum ist als Signal gegen drohenden weiteren Sozialabbau unerlässlich», sagt Vasco Pedrina, Vizepräsident des SGB, überzeugt. Mit einer guten Kampagne lasse sich die Abstimmung gewinnen, redet er sich Mut zu. Dennoch: «Ich finde, wenn man mit etwas nicht einverstanden ist, dann ist es besser, einen Kampf zu führen und zu verlieren, als auf den Kampf zum vornherein zu verzichten.»